

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathaus

91052 Erlangen

<u>Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO</u>	
Eingang:	30.03.2017
Antragsnr.:	037/2017
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	VI/ZV StuB
mit Referat:	

30. März 2017/AB

Antrag

hier: Finanzierung StUB - VGN fordert mehr Geld für Bus und Bahn

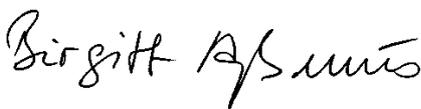
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

einem Bericht in der Süddeutschen Zeitung konnten wir entnehmen, dass die Finanzierung der StUB nicht gesichert ist. Es wurde hier Bezug genommen auf eine Pressekonferenz des VGN vom 21.03.2017 (siehe Anlage).

Zusätzlich ist ja auch die Förderung der Finanzierung der Gleise im Straßenbett nicht entschieden.

Wir bitten um einen Sachstandsbericht zum Thema StUB, auch hinsichtlich der Tatsache, dass mittlerweile eine Geschäftsstelle mit Geschäftsführer eingerichtet wurde.

Mit freundlichen Grüßen



Birgitt Aßmus
Fraktionsvorsitzende



Jörg Volleth
stv. Fraktionsvorsitzender



Gabriele Kopper
stv. Fraktionsvorsitzende

Anlage

21. März 2017, 19:05 Uhr Nürnberg

VGN fordert mehr Geld für Bus und Bahn

21.3.17

Der Verkehrsverbund Großraum ^{Nbg.} (VGN) hat für den Ausbau des Bus- und Bahnnetzes in der Region deutlich mehr Bundesmittel gefordert. Andernfalls werde man mit den regionalen Bahn-Ausbauprojekten "in große Schwierigkeiten kommen", warnte der VGN-Geschäftsführer Andreas Mäder am Dienstag auf der Jahrespressekonferenz seines Unternehmens. Als Beispiel nannte er die geplante Stadt-Umland-Bahn im Raum Erlangen, Pläne für eine Stadtbahn im Süden Nürnbergs sowie die S-Bahn-Strecken nach Hersbruck und Neustadt/Aisch. Zwar sei man froh, dass sich Bund und Länder darauf geeinigt hätten, den Ausbau von regionalen Bus- und Bahnnetzen im Rahmen des sogenannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes grundsätzlich weiter zu fördern. Die Höhe der dafür bereit gestellten bundesweiten Mittel lägen allerdings seit 1997 unverändert bei 330 Millionen Euro - und sollen bis zum Jahr 2025 auf diesem Niveau eingefroren bleiben. Angesichts der gestiegenen Baukosten und des aufgelaufenen Investitionsstaus seien eigentlich 500 Millionen Euro notwendig.